

Frankreich wehrt sich: US-Druck auf Unternehmen nicht akzeptabel!

Frankreich wehrt sich gegen US-Druck auf Unternehmen zur Einstellung von Diversitätsprogrammen. Diskussion über Werte und Einflussnahme.

Paris, Frankreich - Das französische Handelsministerium hat in einer aktuellen Erklärung betont, dass Frankreich und Europa entschlossen sind, ihre Unternehmen, Verbraucher und grundlegenden Werte zu verteidigen. Diese Stellungnahme folgt auf einen umstrittenen Vorstoß der US-Botschaft in Paris, die französische Großunternehmen auffordert, ihre Antidiskriminierungsprogramme einzustellen. Der US-amerikanische Einfluss wird von französischen Beamten:innen als „inakzeptabel“ kritisiert, da er eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten französischer Unternehmen darstelle. Ein Beamter des französischen Finanzministers Eric Lombard kündigte an, Gespräche mit der US-Regierung über diese Angelegenheit zu führen. **Kleine Zeitung** berichtet, dass der Minister seine US-Kollegen auf die Unterschiede in den Werten aufmerksam machen wird.

Im Brief der US-Botschaft wird den Unternehmen aufgegeben, ein Formular innerhalb von fünf Tagen auszufüllen und zurückzusenden. Bei der Nicht-Zustimmung sollen die Firmen ihre Gründe im Detail darlegen. Die betroffenen Unternehmen stammen aus verschiedenen Bereichen, darunter Verteidigung und Infrastruktur. Besonders bemerkenswert ist, dass der französische Telekommunikationskonzern Orange, der keine Geschäfte in den USA hat, ebenfalls angeschrieben wurde. Im Gegensatz dazu haben Unternehmen wie das

Rüstungsunternehmen Thales und der Energieanbieter TotalEnergies, die in den USA tätig sind, diesen Brief nicht erhalten. **Die Frankfurter Allgemeine Zeitung** berichtet zudem, dass US-Präsident Donald Trump im Januar ein Dekret unterzeichnet hat, das Diversitätsprogramme in Ministerien und Bundesbehörden abschafft.

Einblick in die rechtlichen Hintergründe

Das besagte Dekret 14173 trägt den Titel „Beendigung illegaler Diskriminierung und Wiederherstellung leistungsbezogener Chancen“ und gilt nicht nur für US-Unternehmen, sondern auch für alle Lieferanten und Dienstleister der US-Regierung, unabhängig von deren Nationalität oder Standort. Ziel ist es, private Unternehmen von der Einstellung von Angehörigen von Randgruppen abzuhalten und die Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI) zu verringern. Dies hat bereits dazu geführt, dass US-Firmen wie Walmart und Coca-Cola ihre Antidiskriminierungspolitik angepasst haben. Auch europäische Konzerne wie Roche, Novartis und UBS haben eigene Ziele, insbesondere für Frauenquoten, zurückgezogen.

Der politische Streit um Diversität und Antidiskriminierung ist in der EU und insbesondere in Frankreich nicht neu. Der Diversitäts-Ansatz zielt darauf ab, eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt zu fördern. In Deutschland und anderen europäischen Ländern wird betrachtete Diversität oftmals als Ressource und nicht nur als eine Frage der Gleichstellung angesehen. Der Wandel von Gleichstellungspolitiken hin zu einem Diversity-Ansatz zeigt sich auch in der Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierungen und dem Bestreben, Inklusion aller Individuen zu ermöglichen. **Heinrich-Böll-Stiftung** hebt hervor, dass dieser Ansatz auch langfristig eine gesellschaftlich wertvolle Perspektive schafft.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	US-amerikanische Einmischung, Diskriminierung
Ort	Paris, Frankreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.faz.net • heimatkunde.boell.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at